



MFG
BADEN-WÜRTTEMBERG

MFG Medien- und Filmgesellschaft
Baden-Württemberg mbH
Filmförderung

Breitscheidstraße 4
70174 Stuttgart

Telefon: +49 711 90715-400
Telefax: +49 711 90715-450
E-Mail: martin@mfg.de
hoehne@mfg.de

<http://film.mfg.de>

Antrag auf Fördermittel für Postproduktion, Ziff. 4.3 der Vergabeordnung für die baden-württembergische Filmförderung (VO) vom 3.2.2022

Stand: 27.06.2022

Die MFG bittet um Vereinbarung eines persönlichen oder telefonischen Beratungstermins vor der Beantragung.

Der Beratungstermin hat am mit stattgefunden.

Die Antragsunterlagen sind in folgender Form vorzulegen:

- einfach in Papierform: Antrag im Original mit allen Anlagen
- einfach auf CD/DVD/USB-Stick (kein Weblink ö.Ä.): Antrag nebst allen Anlagen (inkl. Sichtungsmaterial)

Unvollständige Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Angaben zu Produzent/in und ggf. Ansprechpartner/in

Firma	Rechtsform
Name, Vorname Produzent/in	Name, Vorname Ansprechpartner/in (falls abweichend von Antragsteller)
Straße	
PLZ, Ort	
Telefon-Nr. Produzent/in	Telefon-Nr. Ansprechpartner/in
E-Mail Produzent/in	E-Mail Ansprechpartner/in
Website	

Angaben zum Projekt

Titel des Films	
Film <input type="checkbox"/>	Serie <input type="checkbox"/> Staffel: _____ Anzahl Folgen der Staffel _____
Szenisch <input type="checkbox"/>	Dokumentarisch <input type="checkbox"/> Mischform <input type="checkbox"/> _____
Realfilm/-serie <input type="checkbox"/>	Animationsfilm/-serie <input type="checkbox"/>
Laufänge Film bzw. je Serienfolge _____ Minuten	
Innovative digitale Erzählform <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja welche? _____	
Geplante Erstauswertung:	
Kino <input type="checkbox"/>	TV <input type="checkbox"/> VoD <input type="checkbox"/> Sonstiges <input type="checkbox"/> _____
Aufnahmeformat: _____ Endformat: _____	
Vorgesehener Beginn der Maßnahme: _____ Vorgesehenes Ende der Maßnahme: _____	
Genre	

Synopsis (presserelevanter Text)

Gesamtherstellungskosten: _____ €

Deutscher Finanzierungsanteil an den GHK (DFA): _____ €

Kosten der beantragten Maßnahme: _____ €

Beantragt werden Fördermittel in Höhe von

_____ € = _____ % der GHK = _____ % der Kosten der Maßnahme = _____
des DFA der beantragten Maßnahme

Geplant sind weitere staatliche Mittel in Höhe von _____ €

Davon entfallen auf den DFA an der beantragten Maßnahme:

_____ € = _____ % der GHK = _____ % des DFA der beantragten Maßnahme

Der kalkulierte qualifizierte Baden-Württemberg-Effekt beträgt

_____ € = _____ % der beantragten Fördersumme

Folgende Anlagen sind dem Antrag beizufügen:

- Darstellung der beantragten Maßnahme Anlage Nr. _____
- Inhaltsangabe des Films Anlage Nr. _____
- Drehbuch/ bei Dokumentarfilmen: Treatment Anlage Nr. _____
- Nachweis des Abschlusses der Dreharbeiten (Beleg-DVD) Anlage Nr. _____
- Stabliste Anlage Nr. _____
- Besetzungsliste Anlage Nr. _____
- Firmenprofil Antragssteller Anlage Nr. _____
- Filmographie Produzent*in, Koproduzent*in, Regie, Kamera, Hauptdarsteller*innen Anlage Nr. _____
- Kostenkalkulation der Gesamtkosten sowie der beantragten Maßnahme mit Darstellung des Baden-Württemberg-Effektes Anlage Nr. _____
 - zusätzlich bei Animationsfilmen und Filmen mit hohem VFX-Anteil:
 - detaillierte Kalkulation der jeweiligen Arbeitsfelder (Modeling, Texturing, Compositing usw.) sowie Anlage Nr. _____

- ausgefüllte „Selbstauskunft Projektkonfiguration“ des Studios/Dienstleisters Anlage Nr. _____

- Darlegung, warum und wie die beantragte Maßnahme den kulturellen und wirtschaftlichen Förderzielen gemäß Ziff. 1.3 und 2.1 der VO entspricht (Erläuterung des Baden-Württemberg-Bezugs) Anlage Nr. _____

- Finanzierungsplan der Gesamtkosten sowie der kalkulierten Postproduktionskosten inklusive Ausweis des Eigenanteils unter Beifügung geeigneter Nachweise Anlage Nr. _____

- Falls die beantragte Förderung bei Kinofilmen mehr als 50% bzw. bei TV-/VoD-Filmen oder Serien mehr als 30% der anerkennungsfähigen GHK bzw. bei internationalen Koproduktionen des DFA beträgt, Darlegung der Ausnahmebegründung (siehe Ziffer 4.1.3 der VO) Anlage Nr. _____

- Darlegung der Ausnahmebegründung (siehe Ziffer 4.1.4 der VO), falls alle Finanzierungsbestandteile (auch mit Herkunft außerhalb der BRD) der beantragten Maßnahme aus staatlichen Mitteln (Beihilfen) mehr als 50% der GHK betragen Anlage Nr. _____

- Nachweis, dass der/die Antragsteller*in in erforderlichem Umfang (Mit)Inhaber*in projektrelevanter Rechte (z.B. der Rechte/ Option an Stoff, Buch, Titel) ist Anlage Nr. _____

- Auswertungskonzept (mit Angaben zur Zielgruppe), ggf. Verleih-/Vertriebsvertrag, ggf. Festivaleinladung(en) Anlage Nr. _____

- Darlegung, dass bei der/die Antragsteller*in für die Verwertung der geförderten Maßnahme in angemessenen Umfang werthaltige Verwertungsrechte verbleiben. Anlage Nr. _____

- ggf. Verleih-/Vertriebsvertrag Anlage Nr. _____

- Recoupmentplan, ggf. mit Erlösvorschau, unter Darstellung der Erlösverteilung Anlage Nr. _____

- Angabe zur Größe des Unternehmens des Antragstellers (Anzahl Beschäftigte, Standort des Vorhabens, Umsätze der letzten beiden Kalenderjahre) Anlage Nr. _____

- aktueller Handelsregisterauszug (chronologisch bzw. historisch) bzw. Gewerbeanmeldung oder Bescheinigung des Steuerberaters zu anerkannter künstlerischer oder journalistischer Tätigkeit (unter Angabe des zuständigen Finanzamtes und der Steuernummer) Anlage Nr. _____

- Erklärung, ob bzw. welchen Institutionen das Filmvorhaben bereits vorlag (unter Angabe des Sachstands) Anlage Nr. _____

- ggf. formloser, begründeter Antrag auf Zuschussgewährung unter Angabe, ob im Falle der Ablehnung stattdessen ein erlösbedingt rückzahlbares Darlehen in gleicher Höhe beantragt ist Anlage Nr. _____

- Darlegung der Maßnahmen zur sozialen Nachhaltigkeit (Auskunft darüber, ob eine Tarifgebundenheit besteht oder ob analog tarifvertragliche Regelungen eingehalten werden oder ob sonstige Maßnahmen zur Einhaltung sozialer Standards ergriffen werden). Zusätzliche Begründung, sofern der Film in anderer Form ausgeführt Anlage Nr. _____

wird und/oder nur unter Einbringung von Rück- und Beistellungen finanziert werden soll

- ausgefüllte „Auskunft zur ökologischen Nachhaltigkeit bei Filmproduktionen“

Anlage Nr. _____

- Vorlage des CO₂-Fußabdrucks (mithilfe CO₂-Rechners der MFG)

Anlage Nr. _____

Anträge bei der MFG können nicht bewilligt werden, wenn Sie sich / Ihr Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Union L 187 vom 26.6.2014, S. 1.) (AGVO) befindet.

Ja, ich/wir befinde/n mich/uns in Schwierigkeiten.

Falls Sie mit „JA“ geantwortet haben (gilt nur für bis zum 31. Dezember 2021 gestellte Anträge auf Förderung):

Ja, ich/wir habe/n mich/uns am 31.12.2019 in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der AGVO befunden

Nein, ich/wir habe/n mich/uns am 31.12.2019 **nicht** in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der AGVO befunden

Nein, ich/wir befinde/n mich/uns **nicht** in Schwierigkeiten.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Ich/wir versichern die Richtigkeit und die Vollständigkeit aller Angaben in diesem Antrag und seinen Anlagen. Ich/wir verpflichte/n mich/uns Änderungen oder Ergänzungen zu sämtlichen in diesem Antrag und seinen Anlagen, insbesondere der vor- und nachstehenden Erklärungen und Versicherungen enthaltenen Angaben der MFG Baden-Württemberg mbH unverzüglich mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage der hier beantragten Förderung bekannt werden.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Der/die antragstellende Produzent*in erklärt und versichert, dass

- er/sie das aktuelle Merkblatt für Produzent*innen im Bereich Postproduktionsförderung sowie die aktuelle Fassung der VO in vollem Umfang zur Kenntnis genommen hat;
- die einschlägigen Bestimmungen der AGVO in der zum Zeitpunkt der Antragsstellung gültigen Fassung bekannt sind und eingehalten werden, insbesondere dass der/die Antragsteller*in kein Unternehmen gemäß Art. 1 Abs. 2 bis 5 der AGVO ist und keine Rückforderungsanordnungen an den/die Antragsteller*in aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt ergangen sind oder aber der/die Antragsteller*in solchen Rückforderungsanforderungen vollständig nachgekommen ist/sind;
- die beantragte Maßnahme nicht gegen die Verfassung oder gegen Gesetze verstößt;
- mit der zu fördernden Maßnahme vor Antragstellung nicht begonnen wurde bzw. ein vorläufiger Antrag vor Beginn der Maßnahme bereits übermittelt wurde;
- es sich bei der beantragten Maßnahme nicht um ein Industrie-, Werbe- oder Imagefilme o.ä. Projekt handelt;
- die Kosten der beantragten Maßnahme branchenüblich und nach dem Grundsatz sparsamer Wirtschaftsführung kalkuliert sind;
- er/sie davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben dieses Antrags (einschließlich Anlagen), von denen die Bewilligung, Gewichtung, Weitergewährung oder das Belassen der Förderung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch i.V.m. § 1 Landessubventionsgesetz sind. Diese Tatsachen und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges sind bekannt;
- er/sie damit einverstanden ist, dass Sachverständige zur Beurteilung des Projektes angehört werden;
- er/sie damit einverstanden ist, dass alle sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten in automatisierten Verfahren, Dateien und Akten oder sonstigen amtlichen Zwecken dienenden Unterlagen gespeichert und allen am Verfahren Beteiligten zur Kenntnis gegeben werden;
- ihm/ihr bekannt ist, dass die Antragsunterlagen Eigentum der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH werden und auch im Fall der Nichtförderung keine Rücksendung der Antragsunterlagen nebst Anlagen erfolgt. Dies gilt auch für mit übersandte CDs, DVDs etc.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Erklärung zum Datenschutz

Ich/wir bestätigen, dass ich/wir die für die weitere Bearbeitung des Förderungsantrags notwendigen Daten, insbesondere auch personen- und/oder firmenbezogene Daten, laut Antrag nebst allen Anlagen und Ergänzungen freiwillig zur Verfügung stelle(n).

Dies gilt auch hinsichtlich aller weiteren Daten, die ich/wir in diesem Zusammenhang künftig (z.B. Ergänzungen, Aktualisierungen oder sonstige Nachreichungen zum Förderungsantrag) übermitteln werde(n).

Ich/wir willige(n) ein, dass diese Daten ganz oder zum Teil von der MFG gespeichert werden.

Weiterhin willige(n) ich/wir ein, dass alle sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten in automatisierten Verfahren, Dateien und Akten oder sonstigen amtlichen Zwecken dienenden Unterlagen gespeichert und gleich wie den Antragsunterlagen selbst nebst allen Anlagen und jeweiligen Nachreichungen und Ergänzungen im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben der MFG verwendet und/oder publiziert (z.B. Branchenverzeichnisse) und allen am Verfahren Beteiligten (einschließlich der von der MFG Filmförderung eingeschalteten Experten und den von der MFG im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Antrages/Abwicklung der Förderung beauftragten Dritten wie z.B. der L-Bank) zur Kenntnis gegeben werden können.

Insbesondere erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden, dass Daten wie Name, Anschrift, Titel und Kurzzinhalt des Films, kalkulierte Herstellungskosten, Antragssumme ggf. bewilligte Fördersumme, Finanzierungsplan etc. an andere (insbesondere, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, filmfördernde) Stellen und/oder die Gesellschafter der MFG weitergegeben werden können.

Die MFG behält sich ferner vor, die Förderung des Vorhabens durch eine Pressemitteilung bekanntzugeben, in der der Name des geförderten Antragstellers, Titel und Kurzzinhalt des Vorhabens, die Namen des Regisseurs, des Produzenten, des Autors und der Darsteller sowie die Höhe der Förderungssumme und ggf. mögliche Finanzierungspartner genannt sind, es sei denn, der Antragsteller widerspricht dem ausdrücklich.

Die MFG ist im Förderungsfalle aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben verpflichtet, den Namen/die Firma des/der Antragsteller/in, die Art der Förderung, den Förderungsbetrag, den Tag der Gewährung, die Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen), die Region in der der/die Antragsteller/in angesiedelt ist (auf NUTS-Ebene 2), sowie den Hauptwirtschaftszweig in dem der/die Antragsteller/in tätig ist (auf Ebene der NACE-Gruppe) auf einer Website zu veröffentlichen; ich/wir erklären uns mit den vorstehend benannten Veröffentlichungspflichten der MFG ausdrücklich einverstanden.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Einschaltung der PricewaterhouseCoopers GmbH, Düsseldorf (PwC) - Bearbeitungsgebühr

Die MFG beauftragt im Falle der positiven Entscheidung über die Förderung im Namen, im Auftrag und auf Rechnung des/der Förderempfängers*in zur Wahrnehmung seiner/ihrer Aufgaben, insbesondere der Prüfung von Kalkulationen, Effekten, Finanzierungen und den nach dem noch abzuschließenden Darlehensvertrag vorzunehmenden Prüfungen die PwC. Die hierdurch entstehende Bearbeitungsgebühr hat der/die Förderempfänger*in zu tragen. Der/die Förderempfänger*in stimmt zu, dass bei der Auszahlung der Darlehensmittel die Bearbeitungsgebühr in Höhe von 3% der Fördersumme, mindestens € 500,- zuzüglich gesetzlicher MwSt einbehalten wird. Die Bearbeitungsgebühr ist Teil der Herstellungskosten. Der/die Förderempfänger*in erhält hierüber eine Rechnung der PwC.

Der/die Förderempfänger*in erkennt die Verpflichtungen, die sich aus der Grundvereinbarung zwischen der MFG und der PwC ergeben, insbesondere die Verpflichtungen zur Vorlage von Unterlagen, Erteilung von Einsicht und Information gegenüber der PwC, hiermit ausdrücklich an. Er/sie erkennt außerdem an, dass er/sie gegenüber der PwC keine eigenständige Auskunft- oder Weisungsrechte besitzt.

Einverständniserklärung:

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und ggf. Firmenstempel